

NEWSLETTER – GEDENKSTÄTTE BAUTZNER STRASSE. Juli 2021

(Ausschnitt)

#DIE MAUER. GESCHICHTE – TRAUMA – SYMBOL

Mauerserie – Folge 5 – Juli 2021

„Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten.“

Die Entstehung des „antifaschistischen Schutzwalls“

„Das ist keine sehr schöne Lösung, aber eine Mauer ist
verdammt noch mal besser als ein Krieg.“

John F. Kennedy, August 1961



Berlin, 24.08.1961: Mauerbesucher stehen an der Absperrung Straße des 17. Juni am Sowjetischen Ehrenmal und beobachten die Abriegelung des Brandenburger Tor *Stiftung Berliner Mauer, Foto: privat*

Mit ihr gerechnet hat keiner – außer denen in Partei, Staat und Armee der DDR, die sie über Monate höchst geheim geplant hatten. Der ‚große Bruder‘, die Sowjetunion, wusste natürlich auch Bescheid und hatte das Projekt – nach wochenlangen, hartnäckigen Bitten Walter Ulbrichts – schließlich abgenickt. Der Staatsratsvorsitzende dementierte zwar noch am 15. Juni 1961 jegliche Mauerbaupläne (siehe obiges Zitat), gab bald darauf aber den Befehl zur inneren Spaltung Berlins.

Die westlichen Politiker waren überrascht bis geschockt; vielen Bürgern des ‚Westens‘ war allerdings schon länger gleichgültig, was ‚da in Berlin‘ geschah – es sei denn, man hatte Verwandte ‚im Osten‘ oder war ein radikaler Antikommunist. Nicht wenige Westdeutsche teilten die Aversionen gegen die „Ostzone“, die „Machthaber in Pankow“ oder gegen „Sowjetdeutschland“ und meinten gar – wie der Antipreuße und Antistalinist Bundeskanzler Adenauer – dass „hinter Kassel die Walachei“ begäbe und „östlich der Elbe die asiatische Steppe“ (so wird es überliefert). Noch Wolf Biermann wird das „China hinter der Mauer“ besingen und die DDR meinen – wenn auch aus anderen Gründen als westdeutsche Hardliner der 50er und 60er Jahre.

Die Einwohner der Vier-Sektoren-Stadt Berlin waren jedoch im August 1961 zutiefst erschüttert, verängstigt und verzweifelt. Sie hofften auf ein Eingreifen der Westmächte, die jedoch genau wussten,

dass diese Art der Eskalation den ‚kalten‘ sofort in einen ‚heißen‘ Krieg verwandelt hätte. So blieb es bei Protestnoten, Appellen zur Besonnenheit und dem ideologischen Schlagabtausch zwischen den einstigen Siegermächten des Zweiten Weltkriegs.

Vor der realen Mauer existierten so manche in den Köpfen – ‚West‘ wie ‚Ost‘. Das Baugeschehen im Berliner August ´61 hatte also einen längeren Vorlauf, den man kennen muss, um die Monstrosität ebenso wie die spezifische Sinnhaftigkeit eines Bauwerks zu verstehen, das viel mehr teilte als eine Stadt.

Stacheldraht, Mauern, Überwachung – die „Notstopfen“ der SED im eingehegten Land



„Der Bau der Berliner Mauer 1961 war nach 1949 die zweite Geburt der DDR. [...] Die Rote Armee war Geburtshelferin und der SED-Staat sollte zeitlebens auf sie angewiesen bleiben.“

Edgar Wolfrum, Historiker

Berlin, 1961: Errichten von Stacheldrahtzäunen an der Stresemannstraße/Köthener Straße *Stiftung Berliner Mauer, Foto: Hans-Joachim Grimm*

Geteilt war die damalige Welt seit Kriegsende in ‚West‘ und ‚Ost‘, die ‚freie Welt‘ des Kapitalismus und der Demokratie, des freien Waren- und Werteverkehrs, die sich ideologisch und propagandistisch gegen die Einflussphäre des real existierenden Sozialismus absetzte – et vice versa. Diese Dichotomie zweier Welthälften unter Führung der USA bzw. der Sowjetunion schuf sich eigene Institutionen: Am 4. April 1949 die NATO, in die nach den Pariser Verträgen (5. Mai 1955) schließlich auch die Bundesrepublik eintrat (6. Mai 1955). Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) am 25. März 1957 (ab 1. November 1993 EG, seit 1. Dezember 2009 EU). Diesen stand als Militärbündnis der am 4. Juni 1955 geschlossene Warschauer Pakt entgegen, dem am 28. Januar 1956 die DDR beitrug, um dann sofort mit dem Aufbau der Nationalen Volksarmee zu beginnen (NVA). Als Pendant zur EWG existierte bereits ab 1949 der „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (RGW; im Westen COMECON), in dem sich die Volkswirtschaften der sozialistischen Länder zusammengeschlossen hatten.

Die ‚Blöcke‘, bis an die Zähne schließlich auch atomar bewaffnet, gerieten sich regelmäßig in die Haare: Berlin-Blockade 1948, „Volksaufstand“ in der DDR 1953, „Ungarnaufstand“ 1956, Suezkrise im Oktober 1956, „Zweite Berlin-Krise“ 1958, Mauerbau 1961, „Kuba-Krise“ 1962, „Prager Frühling“ 1968... immer ging es um die Dominanz der Großmächte im jeweiligen Herrschaftsbereich, den Zugang zu Energievorkommen und Rohstoffen sowie um die Ausweitung der militärischen und ökonomischen Einfluss-Zonen des ‚Westens‘ und ‚des Ostens‘. Außer im Koreakrieg dachte noch niemand ernsthaft über die Rolle Chinas nach – auch das liegt nun längst hinter uns.

Die zweigeteilte Welt besaß zwei besonders heiße Grenzen, an denen sie sich berührte und belauerte: Die Demarkationslinie zwischen Südkorea und der „Demokratischen Volksrepublik Nordkorea“ besteht

bis heute als Folge des Koreakrieges (1950–1953), der entlang der globalen ‚Ost‘-, ‚West‘-Konfliktlinie ausgetragen worden war. An ihr entlang verläuft eine demilitarisierte Zone, die den offenen Konflikt verhindern soll, jedoch gleichzeitig hauptsächlich Raum wechselseitig wahrgenommener Provokationen bleibt.

Die andere Scheidelinie, ca. 1400 km lang, nannte man manchmal „grüne“ Grenze, obwohl sie von Anfang an eine gefährliche, blutig rote war. Auch sie diente zunächst der Markierung geopolitischer und militärischer Einflussbereiche. „Zonengrenze“ hieß sie im (west)deutschen Volksmund; amtlich war die Rede von der „innerdeutsche Grenze“, die sich im Laufe der Jahrzehnte zum schier unüberwindlichen tödlichen Hindernis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR mauserte. Wer nicht in Grenznähe bereits festgenommen oder von einem der zahlreichen Wachtürme erspäht wurde, geriet ins Feuer der Grenzsoldaten oder verletzte sich vorher schon im „Stalin-Rasen“, den die Grenztruppler verharmlosend „Spargelbeet“ nannten. Das waren Dornenmatten mit nach oben weisenden Stahlnägeln, also Flächensperren. Mehrere Metallgitterzäune (daher der Name „Eiserner Vorhang“) mit Signalanlagen und Gräben machten die Überwindung der Grenze schier unmöglich, von den 1,3 Millionen Landminen und den 71.000 Splitterminen (installiert 1971–1984) einmal ganz abgesehen. Erstaunlich bleibt angesichts dieses inszenierten Schreckens, wie viele Menschen dennoch die Flucht „nach drüben“ wagten und überstanden.

So manch anderen aber ging es wohl ähnlich wie Wolf Biermann:

„[...]

Ja was wird aus unseren Träumen

In diesem zerrissenen Land?

Die Wunden woll'n nicht zugeh'n

Unter dem Dreckverband.

[...]

Und was wird aus unseren Freunden,

Und was noch aus Dir, aus mir?

Ich möchte am liebsten weg sein

Und bleibe am liebsten hier.“

Doch selbst im Kummer blieb man oftmals nicht unbeobachtet, denn es blühte auch im sozialistischen Land leider die Denunziation – und der „VEB Hoch und Guck“, also die Staatssicherheit, konnte auf tausende loyale feste oder „Informelle Mitarbeiter zählen.

Die Mehrheit der Menschen im vorgeblich „besseren Deutschland“ aber taten das, was die meisten von uns tun: sie passten sich an, arbeiteten, gründeten Familien, gingen ihren Interessen nach, pflegten Lieb- und Freundschaften – versuchten also ihr Glück zu finden „trotz alledem und alledem“... (Fortsetzung folgt)

Justus H. Ulbricht

Herzliche Grüße

Ihr Gedenkstätten-Team

PS:

Gern können Sie den Text an Interessierte weiterleiten.

Falls Sie unseren Newsletter nicht mehr erhalten wollen, schreiben Sie uns bitte eine E-Mail. Wir werden dann Ihre E-Mail-Adresse im Verteiler löschen.

Die Arbeit des Trägervereins der Gedenkstätte Bautzner Straße wird mitfinanziert durch die Stiftung Sächsische Gedenkstätten aus Steuermitteln auf der Grundlage des von den Abgeordneten des Sächsischen Landtags beschlossenen Haushalts sowie durch die Kulturförderung der Landeshauptstadt Dresden.



gefördert durch
das Amt für Kultur und
Denkmalschutz



Dresden.
DELEGAT

Die Arbeit des Trägervereins der Gedenkstätte Bautzner Straße wird mitfinanziert durch die Stiftung Sächsische Gedenkstätten aus Steuermitteln auf der Grundlage des von den Abgeordneten des Sächsischen Landtages beschlossenen Haushalts sowie durch die Kulturförderung der Landeshauptstadt Dresden.